



## Die Gemeinsamkeiten der SED-Diktatur mit der Nazi-Diktatur

Wer aus der Lektion der Geschichte nichts gelernt hat, der muß sie wiederholen

Deutschland wurde in diesem Jahrhundert zweimal von einer totalitären Diktatur, beide Male von sozialistischen Diktaturen, der nationalsozialistischen und kommunistisch-sozialistischen SED-Diktatur heimgesucht. Die zahlreichen Gemeinsamkeiten der beiden sozialistischen Terrorregime verwundern daher nicht, sondern sind eher charakteristisch für alle totalitären sozialistischen Diktaturen im 20. Jahrhundert.

Im einzelnen ergeben sich folgende elementare Gemeinsamkeiten und gleichartige Kriterien der Nazi-Diktatur und der SED-Diktatur:

### Die Ideologie

Die Ideologie der Nazi- und der SED-Diktatur war sozialistisch. Bei den Nazis war die Ideologie „national“-sozialistisch, bei der SED-Diktatur marxistisch-leninistisch-sozialistisch. Die entscheidenden gemeinsamen Elemente dieser beiden sozialistischen Ideologien waren gleichermaßen: Der Einzelne galt nichts und war absolut der sozialistischen Gemeinschaft untergeordnet. Demzufolge waren die Menschenrechte in beiden Diktaturen verkümmert und waren kaum anwendbar. Die Grundrechte waren so gut wie suspendiert. Die Ideologie beherrschte sämtliche Facetten der Gesellschaft. Politische Gegner wurden rücksichtslos verfolgt, jede demokratisch-freiheitliche Regung im Keim zerstört.

### Staatliche Macht

Die staatliche Macht lag bei der Nazi- sowie bei der SED-Diktatur allein in den Händen einer über alles (totalitär) bestimmenden sozialistischen Partei; bei den Nazis von 1933 bis 1945 in den Händen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ und bei den Kommunisten nach 1945 in den Händen der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.

### Staatliches Gefüge

Das gesamte staatliche Gefüge war bei den Nazis sowie bei den Kommunisten allein nach den Interessen der sozialistischen Partei (NSDAP und SED) ausgerichtet. Jegliche Opposition war direkt oder indirekt verboten. Wer Oppositionspolitik betreiben wollte, wurde von den Nazis und von der SED eingesperrt oder liquidiert.

Die Parlamente in beiden Staaten, bei den Nazis der nur noch von den Nazis beherrschte Reichstag und bei der SED die „Volkskammer“ waren eine Farce, eine ineffiziente Versammlung von Ja-Sagern.

Die Wahlen bzw. Abstimmungen waren ausgemachte Schwindelwahlen; bei den Nazis die „Goebbels-Wahlen mit 99% Zustimmung und bei der SED die noch verlogeneren „Volkswahlen“, ebenfalls mit 99% Zustimmung.

Alle Gesetze und staatlichen Verordnungen wurden von den Parteiführungen, der der NSDAP und der der SED, veranlaßt und bestimmt.

Die gesamte Personalpolitik im staatlichen Bereich bestimmte allein die herrschende Partei, bei den Nazis die NSDAP und bei den Kommunisten die SED.

Der Umstand, daß bei den Nazis alle Parteien außer natürlich der NSDAP verboten waren, und in der SED-Diktatur eine Reihe von ausgesprochenen Satellitenparteien existierte, ergibt keine unterschiedliche Position. Die Satellitenparteien hielt sich die SED nur als „demokratische Camouflage“.

### Recht

Wie alles in der NS- und SED-Diktatur war auch das Recht dem Machtanspruch der NSDAP und der SED untergeordnet. Ein rechtsstaatliches Gefüge mit unab-

hängigen Gerichten gab es in diesen Diktaturen nicht. Das Recht, vor allem das Strafrecht, hatte in beiden Diktaturen der Politik der Machthaber zu dienen und war durch die beherrschende Ideologie total prostituiert.

### Das Feindpotential

Zur Vervollständigung der sozialistischen Ideologie der Nazi- und der SED-Diktatur gehörte ein entsprechendes „Feindpotential“. Bei den Nazis waren dies je nach den Wahnideen der Begründer der betreffenden Ideologie die Juden, die Bolschewisten und die Demokraten, bei den Kommunisten der „Klassenfeind“, wozu auf jeden Fall die „Bourgeoisie“ und die „Demokraten“ gehörten.

### Die Geheimpolizei

Von der Bevölkerung gefürchtet, gab es in der NS-Diktatur die Gestapo ( Geheime Staats-Polizei) und in der zweiten Hälfte der Nazi-Zeit verstärkt den SD (Sicherheitsdienst) der SS. Die SED unterhielt für den gleichen Zweck ihren „Staatssicherheitsdienst“.

### Das Militärische

Über die allgemeine Wehrpflicht hinaus gaben sich beide Diktaturen einen starken äußerlichen und innerlichen militärischen Anstrich. Uniformen bestimmten den Alltag bei den Nazis sowie bei den Kommunisten. Vormilitärische Ausbildung und sogenannte „Wehertüchtigung“ waren an der Tagesordnung. Das Militär, bei den Nazis die „Wehrmacht“ und bei der SED die „Volksarmee“ nahm eine gesellschaftliche Spitzenstellung ein.

### Die nichtexistierenden Bürgerrechte

In der NS- sowie in der SED-Diktatur wurden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Nicht, daß gegen die Menschen allgemein ein ständiger und fühlbarer Terror ausgeübt wurde - wer von vorn herein auf seine Menschenrechte verzichtete oder sich voller Opportunismus dem Regime zur Verfügung stellte, lebte, wenn sich zufällig keine heikle Situation gegen ihn ergab, relativ unbehelligt.

### Der Meinungsterror

Die NSDAP und die SED bestimmten in gleicher Weise, was die Menschen in ihren Diktaturen lesen durften, welche Zeitungen und Bücher sie kaufen durften, was ihnen von den staatlichen parteiabhängigen Sendern vorgesetzt wurde, welche Vorträge und Redner sie hören durften und welche Nachrichten ihnen mitgeteilt oder nicht mitgeteilt wurden. Alles war auf die Interessen der NSDAP und der SED abgestellt, und alle Medien waren gleichgeschaltet.

### Die eingeschränkte Religionsfreiheit und die Rolle der Kirchen

Im großen und ganzen duldeten die beiden Diktaturen die Ausübung der Religion durch die Menschen, solange nicht ideologische oder Parteimachtinteressen dagegen standen.

### Die mißbrauchte Jugend

Natürlich wurde in beiden Diktaturen auch die Jugend „gleichgeschaltet“ und wie so vieles andere von der jeweiligen Diktatur mißbraucht. In beiden Diktaturen gab es nur je eine „Staatsjugend“. Bei den Nazis die „Hitlerjugend“, die „HJ“, und die Kommunisten der SED-Diktatur unterhielten die „Freie Deutsche Jugend“, die „FDJ“. Aufgabenstellung und Tätigkeit der beiden Staatsjugendorganisationen waren einzig und allein auf die Interessen der NSDAP bzw. der SED abgestellt. Hier der große „Führer“ Adolf Hitler, dort der „große Stalin“ oder später Lenin.

### Die Pseudo-Gewerkschaften

Freie Gewerkschaften und Diktaturen schließen einander aus. So hatten die Nazis die Freien Gewerkschaften gleich nach dem 1. Mai 1933 verboten und die Kommunisten ließen freie Gewerkschaften gar nicht erst entstehen. Bei den Nazis hatte die „Deutsche Arbeitsfront“ die Aufgabe, die Arbeiter und Angestellten „auf Vordermann für den Produktionsprozeß zu bringen“ und die Arbeitnehmer sozial zu betreuen. Bei den Kommunisten übernahm fast deckungsgleich der „FDGB“ diese Aufgabe.

Arbeitnehmerrechte wurden nicht vertreten. Streikrecht gab es nicht. Lohntarife, Arbeitszeit und Urlaubsregelungen etc. bestimmte die Partei; hier die NSDAP, dort die SED.

### Politische Häftlinge und Flüchtlinge

In jeder Diktatur sind politische Häftlinge und Flüchtlinge ein Hauptcharakteristikum, an dem man die Unmenschlichkeit des Regimes erkennen kann. In der Nazi-Diktatur wurden zunächst Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet, mißhandelt und festgesetzt. Gleichzeitig flüchteten Tausende von Menschen aus dem „Dritten Reich“. Dann wurden Hunderttausende von deutschen Juden zur Auswanderung gezwungen und Hunderttausende inhaftiert und getötet. Dazwischen wurden außer Sozialdemokraten und Kommunisten auch Tausende anderer Regimegegner inhaftiert.

Die SED ließ 1945/46 150.000 Bürger als Klassenfeinde unter dem Vorwand, es handele sich um Nazi- und Kriegsverbrecher verhaften. 70.000 davon sind in der Haft umgekommen. Dann wurden weitere Klassen- und Friedensfeinde - wer das war, bestimmte die Partei - inhaftiert. Bis zum Zusammenbruch 1989 wurden noch einmal 190.000 Menschen verhaftet, davon kamen 20.000 in der Haft um. Während der Zeit der sozialistischen Diktatur der SED flüchteten vier Millionen Menschen vor dem sozialistischen Terror der SED aus der DDR.

### Die Schadenshinterlassenschaft der SED-Diktatur

Die Schäden, die die SED-Diktatur nach ihrem Zusammenbruch hinterlassen hat, sind so gravierend, daß nach Expertenschätzungen weit über eine Billion DM aufgebracht werden müssen, um diese Schäden wenigstens einigermaßen zu beheben. Wenn die sogenannte „DDR“ noch ein bis zwei Jahre weiter bestanden hätte, wäre es zu einer wirtschaftlichen, sozialen und Umweltkatastro-

phe gekommen. Das ist das Ergebnis der über vierzig Jahre andauernden Diktatur einer Bande von ideologischen Dummköpfen und Verbrechern.

#### Schäden an der Umwelt und an der Natur:

Rücksichtslose Ausbeutung des Bodens (z.B. in den Braunkohle- und Wismutgebieten)  
Gravierende Bodenverschmutzung (z.B. im Raum Bitterfeld und in der Landwirtschaft)  
Erhebliche Wasserverschmutzung (z.B. in den Gewässern der Elbe, Saale, Mulde etc.)  
Unzureichende und unzulängliche Wasserkläranlagen mit Verschmutzung örtlicher Gewässer  
Überdimensionales Waldsterben (z.B. im Erzgebirge)  
Erhebliche Luftverschmutzung (z.B. um Leuna und durch Hausöfen mit schlechter Braunkohle)  
Zerstörung der Natur in den Grenzstreifen mit erheblichen ökologischen Folgen

#### Beeinträchtigung der Lebensqualität durch zahlreiche Schäden:

Erhebliche Verrottung der Altbausubstanz in fast allen Städten (z.B. in Halle, Leipzig etc.)  
Miserable Bauausführungen in den Neubaugebieten (z.B. in Marzahn und Halle-Neustadt)  
Schwere Lädierungen der Stadtbilder durch unqualifizierte Neubauten (z.B. in Potsdam etc.)  
Fahrlässige Verrottung der Kanalisation mit erheblichen Folgeschäden  
Ebenso fahrlässige Verrottung der unterirdischen Versorgungsanlagen (Wasser, Strom, Gas)  
Rückständige und unzureichende Telefonanlagen mit Konsequenzen für die Wirtschaft

Unzureichende Zentralheizungs- und Fernwärmeversorgung  
Schlechte Qualität der Erholungseinrichtungen

#### Schwere Schäden im Wirtschaftsbereich:

Stark rückständiger Maschinenpark in den Betrieben  
Gegenüber dem internationalen Niveau teilweise schlechte Qualität der Industrieprodukte  
Schlechte Arbeitsschutzeinrichtungen für die Arbeitskräfte  
Unzureichendes Versorgungsnetz im Groß- und Einzelhandelsbereich

#### Gravierende Schäden im Verkehrsbereich:

Unzureichendes Straßennetz und schlechte Straßenqualität  
Verrottung des Eisenbahnwesens, vor allem im Ober- und Unterbau der Gleisanlagen  
Unzureichender und qualitativ schlechter Luftverkehr

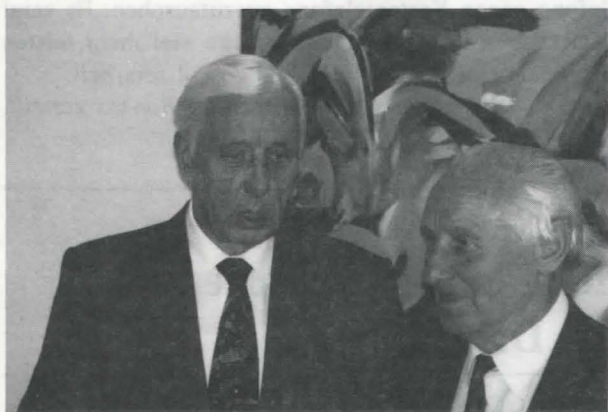
#### Soziales:

Schlechte Altersrenten  
Unzureichendes Gesundheitswesen  
Rückständige Medikamentenversorgung

Bisher hat die Bundesregierung aus dem westlichen Steueraufkommen 360 Milliarden DM im Gebiet der ehemaligen sogenannten „DDR“ investiert und damit nicht nur eine drohende wirtschaftliche, ökologische und soziale Katastrophe verhindert, sondern ein gutes infrastrukturelles Fundament für den Neuaufbau gelegt.

Hans Bonkas

## Interview des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit dem Hessischen Innenminister Dr. Herbert Günther



*Frage: Die steigende Kriminalität macht vielen Bürgerinnen und Bürgern Sorge. Wie schätzen Sie die Bedrohung durch das Verbrechen ein?*

Günther: Die Entwicklung der Kriminalität muß mit großer Sorgfalt beobachtet werden. Es verbieten sich Schlagworte und reißerischer Umgang mit Zahlen. In

Hessen ist die registrierte Kriminalität 1993 um 3,4 Prozent gestiegen, gleichzeitig stieg auch die Aufklärungsquote auf den höchsten Stand seit elf Jahren. Die starke Steigerung der registrierten Kriminalität aus dem Jahre 1992 hat sich nicht fortgesetzt. Ich meine, es gibt keinen Anlaß zur Schwarzmalerei. Der Anstieg der Aufklärungsquote zeigt, daß die Polizei in Hessen gute Arbeit leistet. Sie stellt immer wieder unter Beweis, daß sie nicht vor der Kriminalität resigniert, daß dieser Staat kein Papiertiger ist. Besorgniserregende Tendenzen gilt es besonders im Auge zu behalten. Dazu zählt vor allem der Anstieg der Gewaltkriminalität um 7,1 Prozent. Der erneute Rückgang des Straßenraubes in Frankfurt zeigt allerdings, daß in diesem Bereich auch positive Entwicklungen von der Polizei in Gang gesetzt werden können. Mit der „Sicherheitsoffensive Hessen“ haben wir ein wirksames Konzept erarbeitet.

*Frage: Es gibt viel öffentliche Kritik an der angeblich zu „laschen“ Justiz. Die aktuellen Diskussionen in der Sicherheitspolitik drehen sich immer wieder um schärfere Strafen oder mehr polizeiliche Eingriffsbefugnis-*

*se, wie den großen Lauschangriff. Ist das eine erfolgversprechende Entwicklung?*

Günther: Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sind wichtige Weichen gestellt worden, um die Arbeit der Polizei zu erleichtern. Ich halte aber wenig davon, ständig an dieser Schraube weiterzudrehen. Was wir heute brauchen, ist vor allem eine gut ausgebildete und motivierte Polizei. Gute Personalpolitik bringt mehr Erfolg, als viele umstrittene Ideen für schärfere Polizeibefugnisse. Hessen ist hier bundesweit Vorreiter, unser Bundesland hat die am besten bezahlte Polizei in Deutschland. 11.000 Polizisten konnten von 1991 bis 1993 befördert werden. Der Erfolg: Wir können alle Ausbildungsstellen besetzen. Ausreichend Personal, das aufgrund einer guten Bezahlung mit Freude bei der Arbeit ist, bringt Nutzen für alle.

*Frage: Ein zunehmend wachsendes Problem ist die Organisierte Kriminalität. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem Einhalt zu gebieten?*

Günther: Am wirksamsten ist die Organisierte Kriminalität bei der Geldwäsche zu treffen, beim Einschleusen der kriminell erwirtschafteten Gelder in die Wirtschaft. Deswegen haben wir lange Zeit ein wirksames Geldwäschegesetz gefordert, das aufgrund der halbherzigen Haltung der Bundesregierung nicht völlig befriedigend geraten ist. Hier halten wir Nachbesserungen für erforderlich. Ansonsten gilt es, insbesondere die Korruption zu bekämpfen, weil auf diesem Weg kriminelle Organisationen Einfluß auf die Entscheidungen von Staat und Wirtschaft nehmen können. Notwendig ist auch das entsprechende Personal zur Bekämpfung dieser Kriminalität - von den 150 im Jahr 1993 neu geschaffenen Stellen bei der hessischen Polizei ist deshalb ein großer Teil zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität bereitgestellt worden. Darüber hinaus werden entsprechende Organisationseinheiten bei der Polizei geschaffen.

*Frage: Stärker als die Organisierte Kriminalität beeinträchtigt vor allem die Massenkriminalität die Bevölkerung. Vor allem der Diebstahl trifft tausende Menschen.*

*Welche Konzepte hat hier die Hessische Landesregierung?*

Günther: Gerade zur Bekämpfung der Massenkriminalität hat Hessen die „Sicherheitsoffensive Hessen“ gestartet. Sie hat drei Schwerpunkte:

1. Die Polizeipräsenz muß erhöht werden.
2. Die Vorbeugung muß verbessert werden.
3. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zur aktiven Mithilfe gewonnen werden.

Gerade der dritte Punkt liegt mir besonders am Herzen. Nicht wegsehen, sondern aufpassen und helfen - unter diesem Motto müssen wir die Bürgerinnen und Bürger dazu gewinnen, der Polizei Hilfe zu leisten. Wer Zeuge einer Straftat wird, muß dies der Polizei melden, muß sich zur Aussage bereithalten, sonst resigniert die Gesellschaft wirklich vor der steigenden Kriminalität. Im Bereich der Polizeipräsenz haben wir Fortschritte erzielt. Besonders in Frankfurt sind mehr uniformierte Kräfte auf der Straße als früher, mit dem Resultat, daß 1992 und 1993 die Straßenraubzahlen deutlich zurückgegangen sind. Schließlich die Vorbeugung - hier sind die Kommunen besonders gefordert. Ich habe angeregt, daß überall in Hessen kommunale Präventionsbeiräte gegründet werden. Dort können Schulen, Vereine, Sozialämter, Gesundheitsbehörden, Städteplaner, Polizei und Kommunalpolitiker an einem Tisch die Kriminalitätsprobleme vor Ort besprechen, um Lösungen zu entwickeln. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind dazu aufgerufen, etwas gegen den Anstieg der Kriminalität zu tun. Hier fordern wir auch die Verantwortung der Industrie ein. Warum gibt es noch immer keine Autos, die serienmäßig eine elektronische Wegfahrsperre haben? Warum werden immer noch Kreditkarten ohne jede Sicherheitsmaßnahmen verschickt? Gelegenheit macht Diebe - die Industrie muß sich endlich aufrappeln, die Gelegenheiten zu reduzieren. Wir hatten im vergangenen Jahrzehnt nur einmal einen deutlichen Rückgang von Straftaten. Das war, als die Bundespost anfang, ihre alten Münztelefone gegen Kartentelefone auszutauschen. Es zeigt sich also, daß technische Vorsorge viel mehr leisten kann, als eine noch so aufwendige Polizeiarbeit.

*Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.*

## Unsere Glosse:

### Auf der Suche nach den blühenden Landschaften in der ehemaligen DDR

Vor 41/2 Jahren besuchte ich seit dem 2.3.1949 zum ersten Mal wieder meine Heimatstadt Halle/Saale. Damals hatte ich nicht ganz freiwillig Halle verlassen müssen, aber der zudringlichen Aufforderung von vier NKWD-Schergen zu einem kurzen Gespräch konnte man einfach nicht widerstehen. Das angekündigte kurze Gespräch, zunächst im „Roten Ochsen“ in Halle und dann später im „Gelben Elend“ in Bautzen, dauerte acht Jahre; denn die Umerziehung eines „Volkschädlings“

- so wurde ich damals betitelt - nimmt nun mal so eine lange Zeit in Anspruch. Wegen meiner unverbesserlichen sozialdemokratischen und damit volksfeindlichen Einstellung war ich in den Augen der NKWD und später der STASI eben ein Volksfeind.

Bei meinem Besuch 1990 in Halle war ich zutiefst erschüttert. Unzählige verfallene und nicht mehr bewohnbare Gebäude in der Innenstadt, miserable Straßen, längst aus der Mode gekommene Straßenbahnwagen

usw., usw. Es war ein Jammer. Ganz klar, daß den Bewohnern der ehemaligen DDR die Worte unseres Bundeskanzlers von „den blühenden Landschaften“ wie Musik in den Ohren klangen, denn jeder Ertrinkende klammert sich ohne viel nachzudenken an einen Strohalm.

Deshalb fuhr ich vor vier Wochen - also nach fast vier Jahren - wiederum nach Halle auf der Suche nach den versprochenen blühenden Landschaften. Doch so sehr ich mich auch umsah und suchte, von den versprochenen blühenden Landschaften war noch nicht allzu viel zu sehen. Dem Verfall der Gebäude ist nicht Einhalt geboten worden, die meisten Straßen in der Stadt sind immer noch in einem miserablen Zustand, ein Teil der landwirtschaftlichen Felder wird nicht mehr bestellt, viele Fabriken sind endültig geschlossen. Doch etwas blühte trotzdem: die Blumen in den Vorgärten und auf den nicht bestellten Feldern - und auch der Handel und die Dienstleistungsbetriebe. In den letzten vier Jahren haben unzählige Geschäfte, Gastwirtschaften, Eisdielen, Arztpraxen, Reisebüros, Banken, Architektenbüros

etc. eröffnet. Doch ist damit dem Heer der Arbeitslosen gedient?

Somit stellt sich die Frage, ob unser Bundeskanzler die Zusage der blühenden Landschaften etwas sehr leichtfertig, oder weil er die Wahl gewinnen wollte, von sich gegeben hat. Doch das glaube ich nicht, denn er hat ja - leider, leider, - niemals die ganze Misere der SED-Vergangenheit selbst gesehen. Aber sein Bundesnachrichtendienst hätte Bescheid wissen müssen. Da dies wohl nicht der Fall gewesen ist, sollte er die Verantwortlichen schnellstens in die Wüste schicken.

Ich habe mich vor vier Wochen gründlich in Halle und auch in der Umgebung umgesehen. Man braucht kein Prophet zu sein, um festzustellen, daß auch in weiteren vier Jahren die SED-Hinterlassenschaft noch längst nicht beseitigt sein wird. Und was viel trauriger ist: leider auch nicht in den Köpfen so mancher unserer neuen Mitbürger.

Hans Bonkas



Wir trauern um unseren Kameraden

### Horst Simanowski

Er starb am 9. Juli 1994 in seinem Urlaubsort.

Er war 1. Vorsitzender des Freiheitsbundes Berlin, stellvertretender Bundesvorsitzender des Reichsbanners, Stadtrat a.D. und Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Ehre seinem Andenken.

## Gedanken zum kommenden Wahlkampf

Nichts führt zu üblerer Polarisierung als gemeinsame (Regierung und Opposition) Ratlosigkeit, umso mehr, wenn man sie - und wer wollte dies vor einer Wahl - nicht eingestehen kann.

Wenn nicht einmal mehr, aus welchen Gründen auch immer, das ökonomische Krisenmanagement funktioniert - und das wissen wir spätestens seit der „Vereinigung“ -, wenn Wachstum sich nicht mehr einfach „machen“ läßt, jenes Wachstum, ohne das uns immer mehr Arbeitslosigkeit, ja sogar das Ende der sogenannten freien Marktwirtschaft ins Haus steht, was ist dann noch Politik?

Wo dieser Ist-Zustand hinführt zeigen meiner Meinung nach drei Beispiele:

Vier Jahrzehnte Automobilboom - die Verkehrspolitik wurde zum Büttel des Wachstums.

Wachstumsmotor Chemie - ein durchgreifendes „Chemikaliengesetz“ verbietet sich von selbst, wenn eben dieser Wachstumsmotor nicht gedrosselt werden darf.

Eine neue umfassende Energiepolitik läßt sich nur schwer durchsetzen, solange der Verzicht auf Kernkraft vor allem als Verzicht auf Wachstum (=Wohlstand) verstanden und beklagt wird.

Wo fast nur noch Wachstumsraten zum Ziel der Politik werden, schafft sich eben diese Politik Sachzwänge, denen sie dann zu folgen hat.

Politik schrumpft zur Konjunkturpolitik, wobei die Verfechter und Anhänger dieser Politik in Kauf nehmen, daß unter anderem über die Frage, was wachsen soll, in den Chefetagen transnationaler Konzerne und internationaler Multis entschieden wird (hoch lebe die freie Marktwirtschaft)!

Da unsere sogenannte Leistungsgesellschaft fast alles nur nach Menge und Größe bewertet und beurteilt, stelle ich bewußt die Frage: Wieviel Prozent sozial Schwache kann sich eine parlamentarische Demokratie denn überhaupt leisten?

## Reichsbanner intern

Vom Amtsgericht Frankfurt am Main Abt. Vereinsregister wurde am 28. April 1994 verfügt: Durch den Tod unseres Bundesvorsitzenden Walter Hesselbach und durch die schwere Erkrankung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Karl-Heinz Jungmann für längere Zeit ist der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold - Bund aktiver Demokraten e.V. zur Zeit nicht handlungsfähig. Zur ordnungsgemäßen Vertretung des Vereins gemäß § 12 Ziffer 2 der Satzung ist es erforderlich, einen Notvorstand zu bestellen.

Herr Alfred Körner, Bundesehrenvorsitzender des Reichsbanners wird gemäß § 28 BGB zum Notvorstand bestellt. Seine Aufgabe ist es, unverzüglich eine außerordentliche Bundeskonferenz einzuberufen, auf der eine Neuwahl des Bundesvorstandes vorgenommen werden kann. Voraussichtlicher Termin wird der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit, sein. Alle Teilnehmer erhalten rechtzeitig eine Einladung mit der Bitte um eine schnelle Zusage ihrer Teilnahme.

Die Lage ist nach wie vor aufgeheizt. Einfache populistische Rezepte reichen nicht mehr aus, um eine Entwicklung zu stoppen, die von Gewaltbereitschaft, Verdrossenheit, Zynismus, Verweigerung oder Denkkettentalität gezeichnet ist. Die Politik in Deutschland (und darüber hinaus) steckt in der Klemme - im Detail und in den großen Linien; Politik in Deutschland provoziert heute Fragen auf Fragen, doch realistische und sachbezogene Antworten bleiben meistens aus (ein in letzter Zeit verstärkt auftretendes Symptom dieser Ratlosigkeit ist das häufige Anrufen des Bundesverfassungsgerichtes).

Hans Brück

Unser Schatzmeister Hans Bonkas bittet alle Empfänger unserer Reichsbannerzeitung um baldige Zahlung der Zeitungskosten auf unser Reichsbannerkonto des Bundes bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 776 5100, BLZ 500 101 11.

## Ortsverein Frankfurt am Main

Unsere in der Mitgliederversammlung am 26.3.94 gewählten Delegierten zur Landes- und Bundeskonferenz erhalten rechtzeitig die Einladung mit der Bitte um eine schnelle Zusage ihrer Teilnahme.

Zur Busfahrt am Freitag, dem 12. August nach Münster a. Stein und Bacharach sind noch Plätze frei. Bitte umgehend die Teilnahme bei Alfred Körner, Unter den Linden 2, 60598 Frankfurt a.M., Tel. 069/6311198 anzumelden.

Alfred Körner

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.  
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.  
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.  
Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.  
Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).  
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.